



Eine Frage der Resilienz: Unternehmen beziehen Stellung zur aktuellen Energiepolitik.

Mit der **Energiewende** haben sich Deutschland und die Europäische Union in den letzten Jahren auf den **Weg zu einer erneuerbaren elektrischen Energieversorgung** gemacht. Die Beweggründe waren Klimaschutz, geopolitische Souveränität und Wirtschaftswachstum.

Mittlerweile ist die Energiewende ein Kernbestandteil des Wirtschaftsstandorts. Erneuerbare Energien zogen 2023 ca. 38 Mrd. EUR Investitionen in Deutschland an und beschäftigen nach Schätzungen 400.000 Menschen.¹

Dabei ist Deutschland global in bester Gesellschaft. Weltweit übersteigen die Investitionen in die Energiewende im Jahr 2025 mit 2.154 Mrd. USD die Investitionen in fossile Energien deutlich (1.148 Mrd. USD)². China ist mit rund 600 Mrd. USD klarer Vorreiter, EU und USA liegen mit je weit über 300 Mrd. USD dahinter.³

Im Gegensatz zur globalen Dynamik diskutiert die europäische Politik Maßnahmen, um die Energiewende zu verzögern. Dies zeigt sich in der Verschiebung der Einführung der CO₂-Bepreisung ETS2 um ein Jahr und in den Diskussionen um ein Aufweichen der Energy Performance of Buildings Directive (EPBD).

Auch auf deutscher Ebene deuten die Ankündigungen zur Energiegesetzgebung seitens der Bundesregierung auf eine Entschleunigung der Transformation hin. Das angekündigte Gebäudemodernisierungsgesetz (GMG) würde den weiteren Einbau von Öl- und Gasheizungen ermöglichen und somit die Elektrifizierung verlangsamen. Parallel dazu würde das Ende der EEG-Einspeisevergütung ohne praxistaugliche Folgeregelung viele kleinere Aufdach-Photovoltaikanlagen ab 2027 wirtschaftlich unattraktiv machen. Das angekündigte Netzpaket würde zusätzlich den Netzzugang für Erneuerbare Energien und Batteriespeicher erschweren und Investoren damit Planungssicherheit nehmen. Hinzu kommt die anstehende Novelle des Messstellenbetriebsgesetzes (MsbG), die den Wettbewerb im Smart Metering einschränken und damit die Digitalisierung des Stromnetzes spürbar verlangsamen könnte.

¹ <https://energiewende.bundeswirtschaftsministerium.de/EWD/Redaktion/Newsletter/2025/05/Meldung/direkt-erfasst.html>

² Umfasst bei Energiewende Erneuerbare, Stromnetze, Batteriespeicher, Energieeffizienz und Elektrifizierung und bei Fossilen Gas, Kohle, Öl: <https://www.iea.org/data-and-statistics/charts/global-investment-in-clean-energy-and-fossil-fuels-2015-2025>

³ https://www.irena.org/-/media/Files/IRENA/Agency/Publication/2025/Nov/IRENA_CPL_FIN_Global_landscape_energy_transition_finance_2025.pdf

Hinter diesen geplanten Gesetzen stehen Sorgen um den Standort, die wir teilen. Denn neben den gestiegenen Kosten für Gas belasten auch die Stromnetzentgelte Unternehmen und Haushalte in erheblichem Maße. Viele Netzbetreiber sind mit der wachsenden Zahl volatiler Erzeuger – Photovoltaik, Wind – und neuer steuerbarer Verbraucher, wie Wärmepumpen und Ladesäulen, bereits heute technologisch und prozessual überfordert. Und die notwendigen Anfangsinvestitionen in Energiewende-Technologien stellen Stadtwerke, Immobilienunternehmen und private Haushalte gleichermaßen vor erhebliche finanzielle Herausforderungen.

Doch die Schlussfolgerung, die Energiewende sei einzubremsen, ist geopolitisch riskant.

Die Abhängigkeit von fossilen Energieimporten in Höhe von jährlich 350 Mrd. EUR⁴ aus Ländern, die Europa teilweise unter Druck setzen, ist mit der Idee eines sicheren und prosperierenden Europas nicht vereinbar. Mit der Energiewende verschafft sich Europa geopolitische Resilienz und vermeidet das Risiko von Preisschocks, wie sie derzeit durch den Irankonflikt oder 2022 durch den Angriff Russlands auf die Ukraine auftreten.

Der Investitionsbedarf von ca. 660 Mrd. EUR jährlich bis 2050⁴ für die europäische Energiewende stellt zudem eine immense wirtschaftliche Chance dar. Im Gegensatz zu fossilen Energieimporten kreiert die Energiewende heimische Jobs, langfristige Vermögenswerte und neue Weltmarktführer, sowohl in der Industrie als auch in digitalen Energiedienstleistungen. Zudem sind eine resiliente Stromproduktion und ein leistungsfähiges Netz Voraussetzungen für die Ansiedlung einer wettbewerbsfähigen KI-Industrie. Mit der Energiewende verschafft sich Europa also auch wirtschaftliche Resilienz.

Deshalb braucht es ein Bekenntnis zur Energiewende auf Basis eines effizienten, digitalen Stromnetzes, welches erneuerbare Stromerzeuger, Speicher, Wärmepumpen und Ladesäulen zügig integriert und intelligent steuert – bei niedrigen Systemkosten. Voraussetzungen hierfür sind eine moderne Netzinfrastruktur und Marktprozesse – erst dann lassen sich Einspeisevergütung und Netzzugang sinnvoll reformieren.

Wir plädieren für eine gut koordinierte Reform des gesetzlichen Rahmens, mit dem Ziel einer digitalen und effizienten Energiewende:

1. Eine strukturelle Befähigung der Netzbetreiber zur Digitalisierung, etwa durch eine zentrale digitale Plattform und Anreize zur Bündelung von Kompetenzen.
2. Ein zügiger, digital geregelter und diskriminierungsfreier Netzzugang für Erneuerbare Energien, Wärmepumpen und Ladesäulen.
3. Ein freier Wettbewerb im Smart Metering und vereinfachte technische Anschlussbedingungen zur digitalisierten Erfassung von Stromflüssen.
4. Eine marktwirtschaftliche Integration von PV-Anlagen und Batteriespeichern in den Strommarkt auf Basis digitaler Prozesse für die Direktvermarktung via Smart Meter; dies ist Voraussetzung für ein Auslaufen der Einspeisevergütung.
5. Eine Erleichterung des Umstiegs auf Wärmepumpen durch die Reduktion technischer Auflagen, die Erleichterung der gewerblichen Wärmelieferung und die Fortführung der Förderungen in der Übergangsphase bis 2030.

Unsere Energiepolitik sollte ein robuster Eckpfeiler der strategischen Souveränität Deutschlands und Europas sein. Und sie sollte einen zuverlässigen Rahmen für langfristige Investitionen in die Infrastruktur der europäischen Energiewende bieten. Die Investitionsbereitschaft ist da, dies sichern wir der Bundesregierung hiermit zu.

⁴ https://eur-lex.europa.eu/resource.html?format=PDF&uri=cellar%3A6c154426-c5a6-11ee-95d9-01aa75ed71a1.0001.02%2FDOC_3